

Es ist ziemlich genau ein Jahr her, da stimmte der Rat der Stadt Bochum dem Kauf von 51 Prozent des Energiekonzerns Evonik/STEAG durch ein Stadtwerkekonsortium zu. Die Linksfraktion unterstützte das u.a. auch deshalb, weil es um die Stärkung der Stadtwerke gegenüber dem Oligopol der vier großen Energiekonzerne ging. Sie sah in dieser Kommunalisierung die Chance, einen größeren Einfluss auf eine Ausrichtung zur regenerativen Erzeugung nehmen zu können.



Energien zu immer geringeren Benutzungsstunden bei konventionellen Kraftwerken führt, denn die Erneuerbare Energie muss vorrangig ins Stromnetz eingespeist werden. Dadurch geraten nicht nur die veralteten Kohlemeiler wirtschaftlich unter Druck, sogar der Neubau moderner Gas- und Dampfkraftwerke wird unwahrscheinlicher. Eine Konsequenz aus der rückläufigen Auslastung des inländischen Kraftwerksparks sei – laut Stellungnahme – der Abbau von rund 200 Stellen bis Ende 2013, bei Stilllegung der

## STEAG: Von mehr Transparenz noch keine Spur!

Der Rat der Stadt Bochum hat, wie die meisten beteiligten Räte, dazu begleitend politische Leitlinien in Bezug auf die ökologische Neuausrichtung, die demokratische Kontrolle, die Arbeitnehmerrechte und das Auslandsgeschäft beschlossen. Dieser Beschluss ging auf

einen gemeinsamen Antrag der Linksfraktion mit der SPD und den Grünen zurück. Es sollte ein möglichst weitgehender demokratischer und transparenter Prozess gewährleistet werden.

Bisher ist aber noch nicht einmal der Beschluss umgesetzt

worden, dass die zuständigen Fachausschüsse regelmäßig über die aktuelle Entwicklung der STEAG unterrichtet werden. Auch zur Einrichtung eines 20-köpfigen kommunalen Beirats sowie weiterer Dialogstrukturen zur Aufnahme bürgerschaftlicher Impulse durch die Gesellschafterversammlung der STEAG gibt es bis jetzt noch nicht einmal Vorschläge. Weil das in allen beteiligten Städten so ist, haben die Linksfraktionen in den Räten Anfragen gestellt, wann und wie endlich diese Leitlinien umgesetzt werden sollen.

Alt-Meiler in Nordrhein-Westfalen komme ein weiterer Abbau von 400 Stellen noch dazu.

Diese Effekte seien vor dem Kauf der STEAG durch die Stadtwerke berücksichtigt worden, ebenso dass Kraftwerksblöcke stillgelegt werden müssen. Trotzdem werden betriebsbedingte Kündigungen jetzt offensichtlich nicht mehr ausgeschlossen. Der Rat hat vor einem Jahr das Gegenteil beschlossen.

Die Linksfraktionen werden diesen Prozess weiter kritisch begleiten, gegen betriebsbedingte Kündigungen eintreten und die bisher nicht erfolgte Transparenz einfordern. Um das qualifiziert machen zu können, haben sie gemeinsam ein Gutachten zu den Perspektiven der STEAG als kommunales Energieunternehmen im Kontext der Energiewende in Auftrag gegeben. *Uwe Vorberg*

### 2012

DIE LINKE im Rat wünscht allen Leserinnen und Lesern ein gutes, erfolgreiches und gesundes neues Jahr. Auf dass Sie alle ihre individuellen Ziele in diesem Jahr verwirklichen können. Wir verbinden diese Wünsche mit dem Versprechen, dass unsere Fraktion auch im Jahr 2012 in Rat, Bezirken und Ausschüssen alles dafür tun wird, dass Bochum ein Stück sozialer und menschlicher wird.



Herzliche Grüße

## Sozialticket: So funktioniert es!

50.000 Personen in Bochum haben einen Anspruch auf das zum 1. November eingeführte Sozialticket. Trotzdem wurden bis jetzt erst rund 2.000 Tickets verkauft.

Das liegt nicht nur an dem zu hohen Preis, sondern auch an der mangelnden Information der Betroffenen. Weder im Bürgerbüro im Rathaus noch im JobCenter an der Universitätsstraße liegen Informationen aus.

Wir haben die wichtigsten Informationen zusammengestellt:

### Wer kann das Sozialticket beziehen?

EmpfängerInnen von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld (SGB II), von Sozialhilfe (SGB XII) und von Wohngeld, Leistungsberechtigte nach SGB VIII, dem Asylbewerberleistungsgesetz oder nach dem Bundesversorgungsgesetz.

### Was leistet das Ticket?

Das Ticket kostet 29,90 Euro im Monat und gilt für die Preisstufe A, also für das Bochumer Stadtgebiet. Zusätzlich können montags bis freitags ab 19 Uhr und ganztägig an Wochenenden, gesetzlichen Feiertagen sowie am 24.12. und 31.12. bis zu drei Kindern unter 15 Jahren mitgenommen werden.

### Wie ist das Sozialticket erhältlich?

1. Zuerst wird beim JobCenter oder dem zuständigen Sozialamt ein Berechtigtenausweis von den dortigen MitarbeiterInnen ausgestellt. Dieser Ausweis gilt für die Dauer des Leistungsbezuges und braucht nicht monatlich beantragt werden.

2. Dann kann bei den Kundencentern der BOGESTRA, den Reisezentren der Deutschen Bahn sowie an den Ticketautomaten eine Monatswertmarke für 29,90 Euro gekauft werden. Es ist kein Abonnement erforderlich!

3. Die Wertmarke wird in den Berechtigtenausweis eingefügt.

Die Linksfraktion Bochum wird sich weiterhin für ein echtes Sozialticket von 15 Euro einsetzen!

Arnold Vogel

## Einkaufsquartier Viktoriastraße

Der Stadtentwicklungsausschuss hat im November weitere Schritte zur städtebaulichen Entwicklung an der Viktoriastraße, dem Gelände zwischen Gerichtsgebäude und Telekomblock, beschlossen.

Fraktionsübergreifend war man sich einig, dass eine geschlossene Einkaufsmall, wie sie vor allem den großen Zentrenbetreibern wie ECE oder mfi vorschwebt, abgelehnt wird. Vielmehr sollen auf dem Gelände offene Baukörper, die durch Wege, Höfe und öffentliche Plätze gegliedert sind, realisiert werden. Die Obergeschosse sollen für Büro, Dienstleistungen und Wohnen genutzt werden. Die Einzelhandelsflächen sollen auf 20.000 qm begrenzt werden, davon maximal 15.000 qm auf dem jetzigen Gerichtsgelände.

Weitere 5000 qm könnten im Telekomblock, aber auch auf dem Husemannplatz im Erdgeschoss der Häuserzeilen, in denen zur Zeit überwiegend Banken sind, entstehen. Das ist deutlich weniger, als es sich die Zentren-



betreiber wünschen. Geplant werden soll ein neues Stadtquartier, das auch außerhalb der Ladenöffnungszeiten öffentlich zugänglich ist und einen Ort für Wohnen und Freizeit bietet. Der Husemannplatz soll auf jeden Fall als öffentlicher Platz erhalten bleiben.

Für DIE LINKE sind darüber hinaus im weiteren Verfahren drei Punkte zentral: Durch die Ausweisung einer Sonderbaufläche sollen klare Regelungen für die Sortimente und Flächen erlassen werden, damit die Kortumstraße

als Haupteinkaufsstraße nicht an Bedeutung verliert und weitere Leerstände vermieden werden.

Im Veräußerungsverfahren durch den Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes, dem das Gerichtsgelände gehört, sollten nicht wirtschaftliche Interessen des Landes, sondern allein städtebauliche Gesichtspunkte gelten. Und die Bevölkerung sollte in den Prozess der Gestaltung frühzeitig einbezogen werden, damit ein neues Stadtquartier für alle Bochumerinnen und Bochumer entsteht. *Uwe Vorberg*

## Bochumer Lärmaktionsplan

Lärm wird immer noch als selbstverständlich in einer Großstadt wie Bochum hingenommen. Damit ist nun Schluss. Sehr viele BochumerInnen reichten Anregungen zur Lärminderung ein.

Vorgeschlagen wurden hauptsächlich Tempobegrenzungen, lärmoptimierter Asphalt, Lärmschutzbauwerke. Durch die Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes mussten sich Verwaltung und Politik mit den verschiedenen Arten des Lärms auseinandersetzen und beschlossen den Bochumer

Lärmaktionsplan. Erstmals wurde offiziell anerkannt, dass es unterschiedliche Arten von Lärm gibt und dass Lärmmissionen zu verhindern sind. Denn Lärm macht krank! Die Hauptursache des Lärms liegt in Bochum im Bereich Straßenlärm.

Bochum hat laut Verwaltung 137 Lärmschwerpunkte. Dass dabei nur 10.200 EinwohnerInnen betroffen sein sollen, ist für uns nicht nachvollziehbar. Bald sollen die Lärmwerte für jedes Gebiet und jede Straße im Internet veröffentlicht werden. Das ist loblich, grenzt jedoch



wieder die Menschen aus, die über kein Internet verfügen oder ständig surfen wollen. Durch einen Änderungsantrag in der Bezirksvertretung Mitte haben wir erreicht, dass diese Werte allen BochumerInnen bekannt gemacht werden. Die Verwaltung sagte zu, entsprechende Flyer im Rathaus auszulegen. *Karin Plagge*

## Entspannte Situation?

Vielleicht hat die „Drohung“ der Oberbürgermeisterin Frau Scholz, im Ausländerbüro mitzuarbeiten, ja doch etwas gebracht. Denn nach Aussagen von Herrn Weckmüller, Leiter des Ausländerbüros, soll sich die Situation auf seinem Amt deutlich verbessert haben.

Herr Weckmüller besuchte Ende November unsere Fraktion, um die Arbeitsabläufe im Ausländerbüro zu schildern und wie es letztlich zu den katastrophalen und zum Teil menschenunwürdigen Zuständen der letzten Monate kommen konnte. Auch die eine oder andere kritische Nachfrage blieb Herrn Weckmüller natürlich nicht erspart.

Viele Kundinnen und Kunden des Ausländerbüros mussten in



den letzten Wochen stundenlange Wartezeiten in Kauf nehmen, nicht wenige von ihnen wurden trotz stundenlangen Wartens ohne Anhören nach Hause geschickt. Die Stadt hat dies u.a. mit der Überlastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

aufgrund der Einführung des „elektronischen Aufenthaltstitels“ (eAT) zum 1. September erklärt. Doch bereits vor der Einführung des eAT mussten die Migrantinnen und Migranten mit sehr langen Wartezeiten rechnen.

Dies betrifft auch die sie begleitenden ehrenamtlichen und hauptamtlichen UnterstützerInnen. Nach Kenntnisstand der Linksfraktion sollen nur in Ausnahmefällen Termine vergeben werden. Eine ähnliche Praxis hatte bei den ARGen (jetzt Jobcentern) ebenfalls zu vollen Fluren und langen Wartezeiten geführt. Nachdem dort die Terminvergabe eingeführt wurde, hat sich die Lage deutlich entspannt. Daraufhin haben wir eine Anfrage gestellt, warum nicht generell Termine vergeben werden. Doch die Antwort der Verwaltung war nicht sehr befriedigend.

Unsere Ratsfraktion wird das Geschehen weiter beobachten und hoffen, dass Frau Scholz weiterhin auf dem Amt 01 beschäftigt bleibt. *Aygül Nokta*

## Musikzentrum – Zuviel an Optimismus

**Optimismus im politischen Handeln ist oft gut. Aber dieser Optimismus sollte auch eine reale Grundlage haben. Einige Stellungnahmen aus der Kulturverwaltung und von Freunden der Symphoniker in Hinblick auf die Realisierungsmöglichkeiten des Musikzentrums entbehren aber leider dieser Grundlage.**

Konzerthaus macht da für uns klare Aussagen. Schon die Gesamtkosten für die so genannte kleine Variante (820 Sitzplätze) werden 32 Mio. Euro betragen. Dieser Kostenrahmen darf nach Beschluss des Rates auf keinen Fall überschritten werden. Rechnet man bautechnisch bedingte Mehrkosten von 10% dazu, ist man schon bei 35 Mio. Euro.

ist aber laut der Projektstudie in dem vorgegebenen Kostenrahmen nicht realisierbar. Die Projektstudie sieht auch keine Verwaltungsräume für die Symphoniker vor. Kosten die noch zusätzlich entstehen werden.

In Hinblick auf die finanzielle, aber auch die zeitliche Realisierung des Vorhabens kommt die Projektstudie zu dem Ergebnis, dass eine genaue Aussage erst dann getroffen werden kann, wenn das Ergebnis des Architektenwettbewerbes vorliegt. Selbst wenn ein Entwurf im Frühjahr des kommenden Jahres vorliegt, wird es zeitlich mehr als eng; denn Ende 2015 müsste nicht nur das Musikzentrum stehen, sondern auch Landes und EU-Mittel komplett abgerechnet sein.

heute fehlt aber an diesem Ziel noch eine erkleckliche Summe. Und ob Herr Faber seine Spendezusage von 5 Mio. Euro aufrecht erhält, wenn er mit seinen Firmensitz Bochum verlässt, ist auch noch nicht gesichert. Wir sehen unsere kritische Haltung zum Musikzentrum auch durch die Projektstudie bestätigt und schon gar keinen Grund jetzt falschen Optimismus zu verbreiten.

*Jürgen Plagge-Vandelaar*



Die Projektstudie des Planungsbüros Assmann zur Realisierung eines kombinierten Nutzungskonzeptes Marienkirche plus Neubau

Hinzu kommt, dass eigentlich ein größerer Saal gewünscht wurde, weil dies für die Entfaltung des Klangkörpers besser ist. Dies

Den Bewilligungsbescheid des Landes gibt es auch nur dann, wenn die Gelder der Stiftung komplett zusammen sind. Bis

### Wir sind für Sie da

Montags bietet unsere Bürgersprechstunde von 17 bis 18 Uhr die Möglichkeit, mit uns über Probleme und mögliche Lösungen ins Gespräch zu kommen. Dazu stehen reihum die Ratsmitglieder für Fragen, Anregungen und Diskussionen in unserer Geschäftsstelle, Willy-Brandt-Platz 1-3 persönlich und telefonisch unter 910 - 12 95 zur Verfügung.

# Freiwilliges Spardiktat – nicht alternativlos!

Der nicht genehmigte Bochumer Haushalt 2011 hat ein Defizit von 165 Mio. Euro. Blicke das so, wäre das Eigenkapital der Stadt in 8 Jahren weg. Der Regierungspräsident verlangt stetig steigendes Sparen: 2022 müssen dauerhaft pro Jahr 157 Mio. erreicht sein. 105,7 Mio., von der Ratsmehrheit schon beschlossen, waren ihm zu wenig.

Eine gemischte Arbeitsgruppe Bochum/Arnsberg hat nun weitere 52,7 Mio. Defizitabbau vorgeschlagen. Ein Spardiktat ohne Spielraum. Ihm sollen ab Januar Bezirke, Ausschüsse und Rat in der Haushaltsberatung freiwillig folgen. BürgerInnen können bei der Beisetzung kommunaler Demokratie mitreden: auf einer Internetplattform und im Februar bei einem Hearing im RuhrCon-

gress. DIE LINKE im Rat wird ihren Protest unterstützen.

Personalabbau ein Schwerpunkt: ohne betriebsbedingte Kündigungen? Gespart wird ohne Personalentwicklungskonzept. 400 Stellen bis 2015 zu streichen, ist mit Altersfluktuation nicht zu erreichen. Zwischen 2018 und 2022 scheiden 850 Beschäftigte aus. Fallen vorher Stellen ersatzlos weg, wird es schwer, für sie guten Ersatz zu finden. Das Sparvolumen beruht auf fiktiven jährlichen Lohnerhöhungen von nur 1 %. Für die Bleibenden gilt: Leistungsverdichtung bei Reallohnverlust.

16 Schulen, vor allem Grundschulen, sollen wegfallen (Sparziel gut 5 Mio.), nahezu alle Eintrittspreise und Gebühren im Kulturbe-



reich sollen mehrfach steigen. Der Regierungspräsident hält Zuschüsse für Jugend, Soziales und Teile unserer Kultureinrichtungen für disponibel. Dazu will er im Januar weitere Kürzungen vorschlagen.

In zwei Schritten soll bis 2022 die Gewerbesteuer von 460 auf 495 Punkte (+ 5,1 Mio.) steigen, die Grundsteuer von 525 auf 605 Punkte (+ 5,2 Mio.). Von Stadt-

werken (+ 8,5 Mio.) und Sparkasse (+ 2 Mio.) werden nur zurückhaltend höhere Gewinne für den Haushalt erwartet. Diese eigenen Finanzquellen schaffen keinen neuen Spielraum. Dennoch ist das Spardiktat nicht alternativlos. Bund und Land müssen endlich ihre Hilfspflicht anerkennen. Landeshilfen fließen bisher an Bochum vorbei. Wir sind noch nicht pleite genug. *Ralf Feldmann*

## Neujahrsempfang 2012

Zum Neujahrsempfang der LINKEN sind alle interessierten Bochumerinnen und Bochumer und auch Auswärtige herzlich eingeladen!

Wir freuen uns ganz besonders, dass es diesmal vor dem Empfang einen zusätzlichen Kulturbeitrag gibt. Der Leiter des Kunstmuseums Hans Günter Golinski bietet bereits um 17 Uhr eine kostenlose Einführung in die Ausstellung „Niemandlicht“ mit Fotografien von Ursula Schulz-Domburg an.

Inhaltlicher Schwerpunkt des Empfangs ist das Thema „Interkulturelle Schulen“, zu dem die Vizepräsidentin des Landtags und bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion NRW, Gunhild Böth, ein Grußwort halten wird. Von der Ratsfraktion gibt es einen kurzen politischen Rückblick auf das vergangene Jahr.

Und musikalisch wird der Nachmittag mit Milli Häuser und Martin Scholz aufgewertet. Bei Bar-Jazz besteht die Möglichkeit, mit

alten und neuen Bekannten ins Gespräch zu kommen oder auch den VertreterInnen der LINKEN Löcher in den Bauch zu fragen.

**Dienstag, 10. Januar um 18 Uhr**  
Museum Bochum, Kortumstr. 147

*Begrüßung: Bianca Schmolze (Stellv. Fraktionsvorsitzende)*

*Interkulturelle Schulen: Gunhild Böth (Vizeprä. Landtag NRW)*

*Rück- und Ausblick: Uwe Vorberg (Fraktionsvorsitzender)*

*Chansons und Texte zu Bildung mit Milli Häuser (Gesang) und Martin Scholz (Klavier), anschl. Bar-Jazz*



Dazu gibt's Sekt, Selters und Häppchen. Neben den Ratsmitgliedern und BezirksvertreterInnen freuen sich der Kreisvorstand sowie unsere Bundestagsabgeordneten Sevim Dağdelen und Ingrid Remmers auf anregende Gespräche und Begegnungen. *Bianca Schmolze*

### Impressum

Linksfraktion Bochum  
Uwe Vorberg (V.i.S.d.P.)  
Altes Postgebäude  
Willy-Brandt-Platz 1 – 3,  
44777 Bochum  
Tel.: 0234 – 910 12 95 / 12 96  
Fax: 0234 – 910 12 97  
linksfraktion@bochum.de  
www.linksfraktion-bochum.de  
Fotos: pixelio.de (S.1,2,3,4)  
Presseamt der Stadt Bochum (S.1)

### LINKE. Einblicke

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Linksfraktion Bochum erhalten.

Bitte schicken Sie mir die „Einblicke“ kostenlos an folgende Adresse:

Name, Vorname Straße, Hausnummer Postleitzahl, Ort

Bitte schicken Sie mir Ihren elektronischen Newsletter an folgende Emailadresse: